

Inhaltsverzeichnis

Friedenspolitik und Souveränität in Rheinland-Pfalz.....	2
Energiepolitik.....	3
Mehr Einfluss und Kontrolle durch die Bürger.....	4
Bildung und intellektuelle Entwicklung im digitalen Zeitalter.....	5
Flüchtlings- und Asylpolitik.....	6
Gesundheitsversorgung, Pflege und Heilberufe.....	8



Friedenspolitik und Souveränität in Rheinland-Pfalz

Frieden beginnt mit der inneren Einstellung

Frieden ist kein Zustand, der von außen geschaffen wird, sondern ein Ergebnis **innerer Haltung** und **bewusster Entscheidungen**. Die Basisdemokratische Partei setzt sich dafür ein, dass Rheinland-Pfalz seinen Beitrag zu einer echten **Friedenskultur** leistet – einer Kultur, die auf Achtsamkeit, Dialog und gegenseitigem Respekt gründet. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Bedingungen zu schaffen, unter denen Konflikte nicht militärisch, sondern durch **Verständigung** gelöst werden.

Abzug ausländischer Streitkräfte und Waffensysteme

Die in Rheinland-Pfalz stationierten ausländischen Truppen und Waffenarsenale stehen im Widerspruch zu unserem Selbstverständnis als friedliebende und souveräne Gemeinschaft. Das ist ein entscheidender Grund, warum wir uns für den **Abzug aller US-Streitkräfte und ihrer Waffensysteme** aus Rheinland-Pfalz einsetzen. Rheinland-Pfalz darf keine militärische Drehscheibe für globale Konflikte sein!

Souveränität Deutschlands und Neubewertung internationaler Bündnisse

Unsere Friedenspolitik beruht auf **echter Souveränität**. Wir haben erhebliche Bedenken gegenüber der Rolle Deutschlands in militärischen Bündnissen wie der NATO. Diese Strukturen dienen heute oft nicht mehr dem Schutz der Bevölkerung, sondern werden immer wieder für geopolitischen Interessen und Machtausbau missbraucht. Die Interessen der deutschen Bevölkerung bleiben dabei regelmäßig auf der Strecke.

Wehrdienst und die wachsende Kriegsgefahr

Die Wiedereinführung des Wehrdienstes wird von vielen als notwendige Sicherheitsmaßnahme dargestellt – tatsächlich aber fördert sie eine **erneute Militarisierung der Gesellschaft** und erhöht die **Gefahr neuer Kriege**. Wenn Staaten beginnen, ihre Jugend wieder an Waffen auszubilden, **bereiten sie nicht den Frieden vor**, sondern schaffen die Grundlagen für künftige Konflikte.

Unsere Mitglieder lehnen diesen Weg zu großen Teilen ab. Sie erkennen, dass jeder Schritt zur Militarisierung auch **ein Schritt hin zur Eskalation** ist. Eine Politik, die junge Menschen in Uniform zwingt, ist kein Ausdruck von Stärke sondern lenkt Ressourcen und Bewusstsein weg von friedlichen Lösungen.

Rheinland-Pfalz als Friedensland – Friedenstüchtig anstatt Kriegstüchtig

Wir wollen, dass **Rheinland-Pfalz ein Ort des Friedens** wird. Dies beginnt mit der bewussten Entscheidung, **keine militärischen Großstrukturen mehr** zu unterstützen und stattdessen **Friedensbildung, internationale Verständigung** und **zivile Konfliktlösung** zu fördern. Die Basisdemokratische Partei steht für einen Wandel hin zu einer Politik, die sich nicht von Machtinteressen leiten lässt, sondern von Verantwortung, Mitgefühl und Achtsamkeit.

Energiepolitik

Kein weiterer Ausbau von Windkraftanlagen

Windkraftanlagen greifen tief in Landschafts- und Ökosysteme ein. Die erforderlichen Fundamente **versiegeln große Flächen** und der Bau neuer Erschließungswege **zerstört Wald- und Schutzgebiete**.

Der Betrieb von Windkraftanlagen belastet durch Schall- und Schattenwurf die Gesundheit aller Lebewesen in der Umgebung und richtet allgemein massiven Schaden an Vogel- und Fledermauspopulationen an. Hinzu kommt die **aufwendige Produktion** der Anlagen: Die Fertigung ist energieintensiv und die Herstellung der Einzelteile benötigt große Mengen an Rohstoffen, deren Gewinnung oftmals mit **Umweltzerstörung** einhergeht. Viele der verbauten Materialien sind zusätzlich nur **schwer oder gar nicht recycelbar**.

Das sind einige der zahlreichen Gründe weswegen wir klar „Nein“ zu **einem weiteren Ausbau von Windkraftanlagen** sagen. Die **Subventionen** zum Bau von Windkraftanlagen wollen wir in diesem Zusammenhang **auslaufen lassen**.

Freiwilligkeit statt Druck: Solaranlagen nur auf geeigneten Flächen

Auch Solartechnik ist keineswegs frei von Belastungen. Der Betrieb großer Freiflächenanlagen führt zu **Flächenverbrauch, Bodenverdichtung und dem Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Böden**. Unsere Mitglieder sprechen sich u.a. deshalb dafür aus, Solaranlagen ausschließlich auf **bereits versiegelten Flächen** zu errichten – beispielsweise auf Dächern, Parkplätzen oder Industriearälen –, um weitere Eingriffe in die Natur zu verhindern.

Darüber hinaus werden für Solarzellen seltene oder **umweltschädlich** gewonnene Materialien benötigt. Die Herstellung ist sehr **energieintensiv** und erfordert den Einsatz giftiger Chemikalien. Die **Entsorgung oder Wiederverwertung** beschädigter oder veralteter Module ist bislang nur unzureichend gelöst und wird künftig zu einer **erheblichen Umweltbelastung** führen. Der Ausbau von Solartechnik soll deswegen **nicht weiter staatlich gefördert** werden und darf **ausschließlich auf freiwilliger Basis** erfolgen, d.h. dass der Bau von Solaranlagen nicht durch staatliche Quoten oder Druck erzwungen werden darf.

Forschung öffnen für neue Technologien

Die Basisdemokratie lebt von dem Wissen und der Erfahrung vieler. Unsere Mitglieder haben sich deshalb klar dafür ausgesprochen, Forschung nicht einzuengen, sondern den wissenschaftlichen Raum zu erweitern. Dazu zählt die Unterstützung von Forschung zur sogenannten **Freien Energie** ebenso wie die Wiederaufnahme unabhängiger und moderner Forschung zur **Kernenergie**. Es geht nicht um das Festhalten an alten Systemen, sondern um die ergebnisoffene Prüfung **neuer Technologien, hoher Sicherheitsstandards und innovativer Ansätze**.

Wissenschaftliche Freiheit, Transparenz und öffentlicher Diskurs sind grundlegende Voraussetzungen,

um künftige Energiesysteme zu entwickeln, die sowohl **naturverträglich** als auch **leistungsfähig** sind. Machtinteressen leiten lässt, sondern von Verantwortung, Mitgefühl und Achtsamkeit.

Mehr Einfluss und Kontrolle durch die Bürger

Direkte Mitbestimmung auf kommunaler Ebene stärken

Wir sprechen uns klar dafür aus, Bürgerbegehren mit einem **deutlich niedrigeren Zustimmungsquorum** zu ermöglichen. Wir peilen einen Wert von **2,5 % der Bürger eines Gebietes** an. Es ist klar geworden, dass Hürden gesenkt werden müssen, damit Initiativen aus der Mitte der Bevölkerung unkompliziert gestartet werden können. Bürgerbegehren sollen zu einem regelmäßigeren Werkzeug **echter demokratischer Teilhabe** werden. Sie sollen getragen werden von Transparenz, einfacher Zugänglichkeit und der Möglichkeit, gesellschaftliche Anliegen unmittelbar in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Damit folgt dieBasis dem Grundprinzip der *Schwarmintelligenz* und schafft Raum für **lebendige, lokale Verantwortlichkeit** durch die Bürger.

Hürden senken durch digitalen Zugang

Wir setzen uns sowohl für **digitale Unterschriften** als Ergänzung zu analogen Unterschriften als auch für die **digitale wie analoge Veröffentlichung** der Ergebnisse von Bürgerbefragungen und -entscheiden ein. Damit wollen wir klare, sichere und hürdenarme Verfahren schaffen, die niemanden ausschließen und **demokratische Mitwirkung vereinfacht**. Aktuell verlangen viele Landesgesetze – etwa jene zu Volks- und Bürgerbegehren – wesentlich höhere Unterschriftenhürden und setzen weiterhin fast ausschließlich auf analoge Verfahren. dieBasis setzt sich dafür ein, diese erschwerenden Regelungen zu reformieren, **bürokratische Hürden zu minimieren** und der Bevölkerung Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen **politische Mitbestimmung** zeitgemäß, niederschwellig und für alle einfach zugänglich wird.

Bildung und intellektuelle Entwicklung im digitalen Zeitalter

Analoges Lernen als zentrales Mittel

Die Idee, digitales Lernen solle „die Zukunft“ sein, lehnt die Mehrheit unserer Mitglieder ab. Lernen ist ein **zutiefst menschlicher Vorgang**. Es geschieht nicht durch das bloße Aufnehmen von Informationen, sondern durch Erfahrung – durch **Fühlen, Begreifen, Berühren und Teilhaben**.

Kinder verstehen die Welt, indem sie sie **erleben**. Lernen über Bildschirme ersetzt nicht die Erfahrung der realen Welt – es verflacht sie.

Deswegen setzen wir uns für eine Bildungspolitik ein, die die **Risiken digitaler Dauerpräsenz** ernst nimmt und den **Erhalt analoger Lernformen** zum Wohl des Kindes schützt.

In diesem Rahmen lehnen unsere Mitglieder – so wie viele Bürgerinnen und Bürger – auch den sogenannten *DigitalPakt Schule* ab.

Freies Denken als zentraler Aspekt

Unsere Mitglieder fordern, dass in Zukunft **mehr in freies Denken investiert** wird. Freies Denken bedeutet, dass junge Menschen lernen, **eigenständig** zu hinterfragen, sich eine **eigene Meinung** zu bilden und **Verantwortung für ihr Handeln** zu übernehmen. Bildung darf nicht zur bloßen Wissensvermittlung verkommen, sondern soll die **individuellen Fähigkeiten und die Kreativität fördern**.

Ein Bildungssystem, das Individualität, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Mut zum eigenständigen Denken stärkt, ist die **Grundlage einer lebendigen Demokratie**.

Selbstbestimmung im Unterricht

Bildung ist mehr als die Aneignung von Wissen – Bildung ist ein **Entwicklungs- und Entfaltungsprozess**. Deshalb befürworten wir **einen freieren Unterricht**, der Schüler stärker in die Gestaltung ihres Lernprozesses einbezieht.

Selbstbestimmung im Unterricht erlaubt, dass auf die Individualität der Kinder bezüglich **Interessen und Lerngeschwindigkeit** stärker eingegangen wird und sie sich intellektuell freier entfalten können.

Wenn Schülerinnen und Schüler erfahren, dass ihr Denken zählt, entsteht außerdem eine **Motivation** aus innerer Überzeugung – nicht aus Zwang oder Bewertung. **Lehrerinnen und Lehrer** sollen den Kindern dabei als **Begleiter** zur Seite stehen.

Ausbildung mit Empathie und Lebenserfahrung

Wer junge Menschen bildet, trägt eine der größten gesellschaftlichen Aufgaben. Daher fordern wir, dass **Lehramtsstudenten** während ihres Studiums **ein tieferes Verständnis für Kinder und deren Entwicklungsphasen erwerben**. Pädagogik muss wieder zur Herzensbildung werden – zum Handwerk,

Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung zu begleiten.

Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, dass angehende Lehrkräfte **ein Praktikum außerhalb des Bildungsbereichs** absolvieren. Nur wer auch außerhalb der Schule Erfahrungen sammelt, versteht, wie vielfältig das Leben ist, in das Kinder hineinwachsen. Diese Erfahrungen fördern Empathie, Realitätssinn und gesellschaftliche Verantwortung.

Flüchtlings- und Asylpolitik

Notwendige Reform der aktuellen Asylpolitik

Die Basisdemokratische Partei setzt sich für eine **menschenwürdige, transparente und verantwortungsvolle Asylpolitik** ein. Wir sehen, so wie ein großer Teil der Gesellschaft, **deutlichen Reformbedarf**. Auf Grundlage dieser Stimmen entwickeln wir eine Politik, die Ordnung schafft, Belastungen reduziert und gleichzeitig Menschlichkeit wahrt. Wir setzen uns deshalb für eine grundlegende Neuordnung ein: **klare Strukturen, zügige Verfahren und nachvollziehbare Verantwortlichkeiten**. Ziel ist ein System, das fair, verständlich und funktional ist – für Schutzsuchende ebenso wie für Kommunen und Bürger.

Zielgerichtete und transparente Unterstützung

Wir sprechen uns deutlich für eine Änderung der Leistungsstrukturen aus, auch zur **Verhinderung von Betrug und Missbrauch**.

Wir unterstützen die **Einführung und Verwendung einer Bezahlkarte**. Sie sorgt für Transparenz, verhindert Fehlverwendungen und erleichtert Behörden die Verwaltung, **ohne die Menschenwürde einzuschränken**.

Außerdem befürworten wir mehrheitlich **Sachleistungen**, wo diese sinnvoll und bedarfsgerecht eingesetzt werden können. So können **Fehlanreize reduziert** und der **tatsächliche Bedarf** gezielter gedeckt werden.

Klarheit bei Regeln und Sanktionen

Das Zusammenleben in unserem Land erfordert **einheitliche und verbindliche Regeln**. Unsere Mitglieder unterstützen daher **angemessene finanzielle Sanktionen bei Gesetzesverstößen oder wiederholten Ordnungswidrigkeiten**. Diese sollen effektiv, aber auch verhältnismäßig und transparent ausgestaltet sein, um **Rechtsklarheit und soziale Stabilität zu fördern**.

Integration durch Verantwortung und Teilhabe

Unsere Mitglieder sprechen sich klar dafür aus, dass Asylbewerber frühzeitig Verantwortung übernehmen und einen **aktiven Beitrag zum Gemeinwohl leisten**. Verpflichtende

gemeinwohlorientierte Arbeit fördert Integration, stärkt Selbstwirksamkeit und schafft gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig erhält die Gesellschaft etwas zurück: Sie profitiert von unterstützenden Tätigkeiten, die **Kommunen entlasten** und den **Zusammenhalt stärken**.

Auch die derzeitigen Arbeitsverbote werden von vielen als hinderlich empfunden. Eine Verkürzung der Fristen ermöglicht es Asylbewerbern, **früher selbstständig zu werden**, ihren Lebensunterhalt zu sichern und sich konstruktiv in die Gemeinschaft einzubringen. Dies reduziert staatliche Kosten und erleichtert Integration von Anfang an.

Steuerung durch eine realistische Obergrenze

Um Kommunen und **die Gesellschaft nachhaltig** zu entlasten und Integrationsfähigkeit zu sichern, befürworten wir eine **feste Obergrenze** für die Aufnahme von Asylsuchenden. Diese soll transparent sein, **auf Kommunikation mit den Kommunen basieren** und die Kapazitäten im Land respektieren.

Keine Ausweitung staatlicher Integrationskapazitäten für Menschen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis

Statt neuer Programme setzen wir auf die **Stärkung bereits bestehender Strukturen** sowie auf freiwillige, gesellschaftlich getragene Integrationsimpulse.

Unsere Mitgliederbefragung zeigt einen sehr deutlichen Widerstand **gegen den Ausbau staatlicher Integrationskapazitäten** für Menschen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis.

Integration soll sich vor allem durch Eigeninitiative, Verantwortung und ein natürliches Zusammenwachsen entwickeln – nicht durch eine weitere Bürokratisierung oder Ausweitung staatlicher Angebote.

Für dauerhaft bleibende Menschen sollen klare Regeln und realistische Erwartungen gelten, **damit ein respektvolles und selbstbestimmtes Miteinander entstehen kann**, ohne zusätzliche Belastungen für Kommunen und Steuerzahler zu schaffen.

Schlusswort

Eine moderne Asylpolitik **verbindet Ordnung, Achtsamkeit und Transparenz**. Durch die Beteiligung unserer Mitglieder und die Orientierung an unseren vier Säulen schafft dieBasis ein Modell, das sowohl gesellschaftliche Stabilität als auch menschliche Würde sicherstellt.

Gesundheitsversorgung, Pflege und Heilberufe

Die Gesundheitsversorgung ist ein **zentraler Bestandteil** einer lebendigen, freien und achtsamen **Gesellschaft**. Die Menschen wünschen eine **Stärkung regionaler Versorgung**, verlässliche Strukturen und die Bewahrung einer vielfältigen, ganzheitlichen Gesundheitslandschaft. Die vier Säulen der dieBasis – Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz – bilden den Rahmen für ein Gesundheitssystem, das **den Menschen** wieder **in den Mittelpunkt** rückt.

Erhalt wohnortnaher öffentlicher Krankenhäuser

Eine überwältigende Mehrheit unserer Mitglieder **lehnt** den weiteren **Abbau kleiner öffentlicher Kreiskrankenhäuser** eindeutig **ab**. Die Schließung solcher Einrichtungen **gefährdet die medizinische Versorgung** im ländlichen Raum und verstärkt **soziale Ungleichheiten**.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, **regionale Krankenhäuser zu schützen**, zu erhalten und bedarfsgerecht zu modernisieren. Medizinische Versorgung darf nicht nach wirtschaftlichen Kriterien zentralisiert werden, sondern muss sich an **menschlichen Bedürfnissen** orientieren.

Keine weitere Privatisierung der Krankenhauslandschaft

Wir sprechen uns deutlich **gegen den Ausbau privater Klinikzentren** in Ballungsräumen aus. Privatisierung führt häufig zu **Renditedruck, Personalmangel** und der **Abwanderung medizinischer Leistungen** aus der Fläche.

Wir stehen für eine **Gesundheitsversorgung**, die **dem Gemeinwohl dient** und nicht primär wirtschaftlichen Interessen folgt. Öffentliche und gemeinnützige Träger sollen gestärkt und bevorzugt werden.

Stopp des Personalabbaus im Gesundheitswesen

Ein weiterer Abbau medizinischen Personals in öffentlichen Krankenhäusern lehnen wir entschieden ab. Bereits heute sind Pflegekräfte und medizinisches Personal überlastet, was Menschlichkeit und Qualität der Versorgung beeinträchtigt.

Wir treten für **verbindliche Personalstandards, bessere Arbeitsbedingungen** und ein Ende der ökonomischen Überlastung im Krankenhausbetrieb ein. **Menschenheilung braucht Zuwendung und Zeit** – nicht Kostendruck.

Schutz und Förderung komplementärer Heilweisen

Wir setzen uns dafür ein, **homöopathische und komplementärmedizinische Angebote** weiterhin zu **ermöglichen**. Diese sollen auf Wunsch der Patienten **Bestandteil der Versorgung bleiben** und dürfen nicht administrativ eingeschränkt werden.

Dazu sollen sowohl **alle Krankenkassen** die Kosten für **homöopathische Behandlungen** übernehmen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die **Aus- und Weiterbildung zu Heilpraktikern oder Homöopathen** weiterhin stattfinden.

dieBasis setzt sich für eine **pluralistische Medizin** ein, in der Menschen **frei entscheiden** können, welche Heilweisen ihnen entsprechen.

Sicherung des Hebammenwesens

Der Beruf der Hebamme ist ein **Grundpfeiler menschlicher und würdevoller Geburtshilfe**. Wir unterstützen die Förderung des Hebammenberufs.

Neben der fachlichen Förderung sprechen wir uns eindeutig dafür aus, das **Berufsrisiko freier Hebammen besser abzusichern**. Steigende Versicherungsprämien und fehlende Unterstützung gefährden zunehmend die freie Geburtshilfe – dem treten wir entschlossen entgegen.

Wir setzen uns für eine verlässliche Risikoabsicherung und **bessere Rahmenbedingungen** ein, damit Hebammen ihre wichtige Arbeit weiterhin frei und selbstbestimmt ausüben können.

Klare Finanzierung: Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung

Die **große Mehrheit** unserer Mitglieder **lehnt es ab, versicherungsfremde Leistungen** – insbesondere die medizinische Versorgung von Asylbewerbern – weiter **über die gesetzliche Krankenversicherung** zu finanzieren. Diese Leistungen sollen aus Steuermitteln getragen werden.

Damit folgen wir dem Prinzip der Transparenz und gerechten Lastenverteilung: **Versicherungsbeiträge dienen der Versorgung der Versicherten**, staatliche Aufgaben dagegen müssen staatlich finanziert werden.

Stärkung von Notfall- und Rettungsdiensten

Nahezu alle Mitglieder unterstützen eine **personelle Verstärkung der Not- und Rettungsdienste**. Der zunehmende Einsatzdruck, längere Wege und steigende gesellschaftliche Anforderungen machen einen **nachhaltigen Ausbau zwingend notwendig**.

Wir setzen uns daher für moderne Einsatzmittel, bessere Arbeitsbedingungen und verbindliche Personalstandards in der Notfallversorgung ein. **Schnelle Hilfe rettet Leben** – und darf nicht am Limit funktionieren.

Schlusswort

Die Gesundheitsversorgung braucht eine **Rückbesinnung auf Menschlichkeit, regionale Nähe und vielfältige Heilangebote**. Unsere Mitglieder haben deutlich gezeigt, dass sie ein Gesundheitssystem wünschen, das nicht nach wirtschaftlichen Zwängen gestaltet wird, sondern nach Verantwortung, Gemeinwohl und echter Fürsorge. dieBasis steht für ein **Gesundheitswesen, das den Menschen dient** – achtsam, frei und kraftvoll.